

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.) Anzeigen Zeile 3 Mark u. 66²/₃% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Einigungsbestrebungen in Brüssel

Deutschland und Brasilien.

Von
Dr. P. W. Uhlmann.

Seydoug' Aufbauprogramm.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* Brüssel, 20. Dezember.

Die Teilnehmer an der Brüsseler Konferenz werden in zwei Tagen in die Weihnachtsferien gehen, um voraussichtlich Anfang Januar wieder zusammen zu kommen. Die Alliierten scheinen entschlossen zu sein, womöglich ein positives Ergebnis zu erzielen. Um ein festes Abkommen mit Deutschland kann es sich dabei formell nicht handeln, denn die Konferenz soll nur informativem Charakter besitzen. Aber sie könnte endgültige Beschlüsse vorbereiten und maßgebend beeinflussen. Deshalb hat man gerade auf französischer Seite den Wunsch, schon hier eine Einigung über die Höhe und Art der deutschen Verpflichtungen zu finden, und darüber hinaus auch über die Voraussetzungen, die Deutschland seinerseits beansprucht, um leisten zu können. Man hatte deshalb auch nichts dagegen einzuwenden, daß die Vertreter Deutschlands geradeheraus sagen, durch welche Bestimmungen des Friedensvertrages die Entschuldigungs- und Leistungsfähigkeit Deutschlands behindert wird. Ein erster Erfolg ist, daß diese kritischen Punkte sogleich zum Gegenstand von Sonderbesprechungen mit verteilten Referaten gemacht worden sind.

Nach der hier bekannt gewordenen französischen Auffassung soll die Wiedergutmachungsarbeit nicht mehr auf einseitigen Leistungen Deutschlands allein, sondern auf einem Zusammenwirken aller Beteiligten beruhen. Bisher hatte man in Frankreich von Deutschland gefordert, daß es ein Programm für dieses Zusammenarbeiten selbst entwerfe und vortrage. Dieser Standpunkt ist zwar nicht aufgegeben, aber er ist geändert worden. Man kennt in Paris die inneren Schwierigkeiten der deutschen Regierung und sucht nun auch an der geistigen Vorarbeit teilzunehmen und an der gemeinsamen Formulierung des Aufbauprogramms mitzuarbeiten. Die führende Persönlichkeit auf diesem Gebiet ist der Direktor der Wirtschaftsabteilung im Pariser Auswärtigen Amt, Seydoug, der trotz schweren körperlichen Gebrechens als Delegierter nach Brüssel gegangen ist. Sein Programm deckt sich mit dem Inhalt eines Artikels der Zeitschrift „L'Europe nouvelle“, der vor einiger Zeit an dieser Stelle veröffentlicht und besprochen wurde. Danach sollen unter den deutschen Leistungen die Lieferungen von Rohstoffen und Fertigfabrikaten für den Aufbau der zerstörten Gebiete die Hauptrolle spielen. Die Lieferung industrieller Produkte soll nicht durch staatliche Vermittlungsstellen erfolgen,

sondern Käufer und Verkäufer sollen unmittelbar miteinander abschließen. Seydoug betrachtet dieses Zusammenwirken für den Wiederaufbau als den Beginn einer ständigen deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit. Die Bezahlung der deutschen Lieferungen soll aus einem Kredit geleistet werden, den die deutsche Regierung den französischen Geschädigten eröffnet. Diese bezahlen dann mit Bons auf den Kredit. Sie stellen also gewissermaßen Wechsel auf die deutsche Regierung aus.

Dieser Plan wird mehrfacher Ergänzung bedürfen. Er befaßt sich weder mit der Frage der Rohstoffbeschaffung, noch der notwendigen Einstellung und Umstellung der Produktion, noch mit den Schwierigkeiten der Geldbeschaffung der deutschen Regierung. Aber diese Ergänzungen müssen von deutscher Seite geleistet werden, soweit sie nicht in den Machtbereich der anderen Alliierten fallen. Man würde es in Frankreich verstehen, daß die Deutschen Lieferungsverbände bilden, die in der Lage wären, für die Verteilung der Aufträge, für die Produktionssteigerung und für die Verringerung des inneren Geldbedarfes Sorge zu tragen. Frankreich fordert nur, daß der Wiederaufbau selbst in französischen Händen und unter französischer Leitung bleibt und daß ein direkter Kontakt zwischen den beiderseitigen Kaufleuten hergestellt wird. Eine Einigung über einen solchen Lieferungsplan, so wird von französischer Seite erklärt, würde das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich in wirtschaftlicher Hinsicht vollkommen ändern und zur Herstellung eines normalen Zustandes führen. Der Verkehr auf gleichem Fuß mit Deutschland und die Anerkennung seiner tatsächlichen Bedeutung würde die unmittelbare Folge sein. Wenn aber diese Einigung nicht zustandekommen sollte, so würden die Vertreter der Verständigungspolitik in Paris ihre letzte Karte vergebens ausgespielt haben. Die Resultate, die Herr Seydoug nach Hause bringen wird, haben also entscheidende Bedeutung.

Alexander Redlich.

*
Brüssel, 20. Dezember. (W. L. P.)

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet: Während des heutigen Vormittags wurden die Unterredungen zwischen dem Sonderbeauftragten der Verbündeten und der Deutschen fortgesetzt, anscheinend jedoch, ohne zu endgültigen Ergebnissen zu führen. Man hatte gestern die Absicht, heute nachmittag 4 Uhr eine Vollsitzung stattfinden zu lassen. Aber gegen Mittag teilte der Sekretär der Konferenz mit, daß heute eine Sitzung der alliierten Abordnungen stattfinden würde. Vielleicht würden sodann die deutschen Vertreter nicht vor Mittwoch zu weiteren Darlegungen aufgefordert werden.

Die innere Krise in Polen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* Warschau, 20. Dezember.

Die Lage der Witos-Regierung ist überaus schwierig. Die Nationalisten sind aus dem Koalitionskabinett ausgetreten und zeigen bei jeder Gelegenheit sowohl im Sejm als in der Presse heftigste Opposition.

Nun ist seit Sonnabend bekannt geworden, daß die sozialistische Partei ihren Führer Daszynski vom Posten des Vize-Ministerpräsidenten abberufen wolle. Bis jetzt hat Daszynski diesem Beschlusse seiner Partei noch nicht Folge geleistet, aber mit seinem Rücktritt muß doch täglich gerechnet werden.

Was die Sozialisten zu ihrem gerade jetzt überaus schwerwiegenden Beschlusse veranlaßt hat, ist nicht ganz klar. Man erzählte mir, die Fraktion habe schon vor einiger Zeit das weitere Verbleiben Daszynskis in der Regierung von der Einräumung der wichtigsten Posten, wie das des Auswärtigen, der Wohlfahrt und des Innern, an die Sozialisten abhängig gemacht. Von anderer Seite wird behauptet, der Eintritt des Finanzministers Steczkowski in das Kabinett habe den sozialistischen Beschlusse gezeitigt. Steczkowski vernünftiger und bei der jetzigen Sachlage überhaupt einzig mögliches Programm, wie Abbau der Zwangswirtschaft, weitgehendes Hinanzziehen des ausländischen Kapitals usw. vertritt sich allerdings nicht mit der starren sozialistischen Doktrin. Schließlich ist auch möglich, daß die Sozialisten, genau so wie neulich die Nationalisten, weniger patriotisch als schlaue Beizzeiten der Verantwortung entfliehen wollen, um sich nicht mit höchst lästlichen Fragen beschäftigen zu müssen, wie mit der oberirdischen, mit Wilna und Litauen, den Beziehungen zu Moskau, den ulerlosen Besitzigen, den Danziger Verhältnissen und zahlreichen anderen.

Wie ich schon vor Wochen ausführte: Man muß sich klar sein, daß diesmal der Kabinettswechsel weit über die Bedeutung der gewöhnlichen Ministerkrise hinausgeht; man geht nicht fehl mit der Behauptung, daß ein derartiger Wechsel, wie er auch ausfiele, die innersten Geschicke Polens in der jetzigen, vielleicht ernstesten Lage, in der es sich seit seiner Wiederauferstehung je befunden hat, bestimmen würde. Wann dieser an sich meines Erachtens kaum mehr abwendbare Wechsel vor sich gehen wird, ist schwer zu sagen. Möglich ist, daß die gestern begonnenen Semferien die Entscheidung hinauschieben könnten, ebenso die anscheinend nicht ernste Unpäßlichkeit des Ministerpräsidenten Witos, der nunmehr Monate hindurch mit unlenkbar tiefstem Willen und Geschick das polnische Staatsschiff steuert zwischen den zahllosen Klippen der Zerklüftung der Parteien, der ulerlosen Forderungen von rechts und links, des angesammelten Hasses gegen jeden Nachbar und des großen wirtschaftlichen Elends.

Max Th. Behrmann.

Der Auswärtige Ausschuss.

Wiederzusammentritt am 17. Januar.

Ueber die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Gegenstände der Besprechung waren die diplomatische Behandlung der Einwohnerwehren und die Brüsseler Konferenz. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Verhältnis des Auswärtigen Ausschusses zum Auswärtigen Amt und die stärkere und regelmäßige Heranziehung des Ausschusses zur Kontrolle der auswärtigen Geschäfte werden in einer Sitzung erörtert werden, die am 17. Januar 1921 stattfinden soll. Der Ausschuss erlebte ferner eine größere Anzahl von Bittschriften.“

Etwa 14 Tage vor Ausbruch des Krieges traf ich in Brasilien ein, wurde wegen der Unmöglichkeit zurückzukehren, veranlaßt, dort mich ansässig zu machen und kehre nach kurzem Aufenthalt hier wieder in jenes schönes Land zurück, das mir, obgleich es durch gewisse Verhältnisse gezwungen, auch an Deutschland den Krieg erklärte, doch einen gastlichen Aufenthalt bot und die Möglichkeit, vollkommen abgeschnitten von der Heimat eine neue Existenz zu begründen. Ich fand nun bei meiner Rückkehr nach Deutschland so merkwürdige Ansichten über Brasilien verbreitet, daß ich es als eine Dankes- und Ehrenpflicht betrachtete, einiges darüber zu berichten, wie die Deutschen während des Krieges in Brasilien behandelt wurden.

Schon vor dem Krieg erfreute sich der deutsche Kaufmann und Industrielle in den Vereinigten Staaten von Brasilien eines hohen Ansehens und weitestgehender Sympathien, die sich vielleicht weniger in amtlicher direkter Form ausdrückten, aber doch deutlich fühlbar waren. Der Krieg brachte zunächst ein völliges Stocken des Handels mit deutschen Waren mit sich, und die vorhandenen Lager wurden verhältnismäßig rasch geräumt. Die deutschen Artikel, insbesondere Kleinwerkzeug, Stahlwaren, Glas- und Porzellanwaren, Textilprodukte, Papier usw. wurden durch nordamerikanische und teilweise skandinavische Produkte ersetzt. Trotz dieser günstigen Gelegenheit verstanden es die amerikanischen Kaufleute und Industriellen nicht, den Markt dauernd zu erobern infolge unzuverlässiger Lieferungen in bezug auf Qualität, Preis, Lieferfristen usw., so daß unter Beobachtung dieser Momente hier für den deutschen Export die Basis gegeben ist, das verlorene Gebiet vielleicht sogar mit steigendem Absatz wieder zu gewinnen. Es kommt dabei vor allen Dingen in Betracht, daß die Haltung sowohl des amtlichen wie des nichtamtlichen Brasiliens korrekt, teilweise sogar freundschaftlich dem Deutschland auch während des Krieges gegenüberstand.

Eine der charakteristischsten Eigenschaften des wohl-erzogenen Brasilianers ist die Gastlichkeit, der begriffliche und berechtigte Nationalstolz, gepaart mit einer Feinfühligkeit, die nicht alltäglich ist. Als Brasilien im Herbst 1917 aus Gründen, deren Diskussion heute überflüssig ist, in die Reihe der politischen Feinde Deutschlands trat, wurde seitens der Bundesregierung diese Tatsache bekannt gegeben, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, in amtlicher Form, daß die sprichwörtliche Ritterlichkeit Brasiliens es zur Pflicht mache, die Untertanen der feindlichen Macht, also Deutschlands, in derselben Weise zu behandeln wie bisher, und daß es eine heilige Pflicht sei, auch deren Eigentum genau so zu respektieren wie vorher. Dem deutschen Gesandten in Rio, Dr. Pauli, wurde von der Bundesregierung ein besonderer Schutz in Gestalt einer Wache für sein Haus angeboten für die Zeit seines Verbleibens in Brasilien, er lehnte dies aber mit der Begründung ab, daß er wisse, daß seine Person und sein Eigentum in dem gastlichen Brasilien, auch wenn es zurzeit ein politischer Feind Deutschlands sei, unter Brasilianern keines weiteren Schutzes bedürfe. Dieselbe Empfindung hatten auch alle in Brasilien ansässigen Deutschen, und nach allen gemachten Wahrnehmungen kann ich nur bestätigen, daß dieses Vertrauen in die Ritterlichkeit und Gastlichkeit der Brasilianer nirgendwo ernstlich getrübt worden ist.

Wenn es trotzdem, speziell in den Orten Blumenau, Porto Alegre, Sao Paulo, Rio, Bahia und Pernambuco zu Ausschreitungen, ja sogar zur Zerstörung deutschen Eigentums kam, so sind derartige Vorkommnisse als bestellte Arbeit von anderer Seite erkannt und gebrandmarkt worden, sie sind auf keinen Fall auf Verschulden der brasilianischen Behörden zurückzuführen. Im Gegenteil taten diese alles, um Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen, nur traten leider durch unvorhergesehene Verhältnisse in einzelnen Fällen die behördlichen Schutzmaßnahmen zu spät in Kraft. Extreme Elemente gibt es natürlich in jedem Lande, und diese machen es einer bis ins kleinste korrekten Regierung schwer, der Staatsautorität und dem guten Willen der Regierung immer rechtzeitig Geltung zu verschaffen.

Wie korrekt und mit welcher Energie Brasilien vorging, um seinen Landesgesetzen Geltung zu verschaffen, dafür nur ein Beispiel. Die deutschen beschlagnahmten Schiffe wurden von Brasilien an Frankreich verpachtet und fuhren unter brasilianischer Flagge. Die Landesgesetze bestimmen, daß bei solchen Schiffen zwei Drittel der Besatzung aus Brasilianern bestehen müsse. Die französische Regierung nahm die brasilianische Besatzung von Bord und ersetzte sie durch Franzosen. Als einzelne dieser Schiffe wieder brasilianische Häfen berührten, wurden zwei Drittel der Besatzung von Bord genommen, durch Brasilianer ersetzt, und die französische Besatzung wurde nach der Heimat zurückbefördert.

Die Besatzungen der deutschen beschlagnahmten Schiffe wurden zunächst interniert, sowohl um ihre Unterkunft und Ernährung zu sichern, wie auch um sie vor Verlastigungen zu schützen. Es wurde dabei den einzelnen Leuten freigestellt,